

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/191

Bonn, den 7. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Gesunde Umwelt als europäische Aufgabe</u> Bisher fehlen koordinierende Maßnahmen Von Dr. Horst Schmidt, MdB	40
2	<u>In Nordrhein-Westfalen wurde Beispielhaftes geleistet</u> Bürger befürworten die neue Politik von Heinz Kühn	49
3 - 4	<u>Fünf Jahre nach Chruschtschows Sturz</u> Auch Ostexperten irren...	75

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Kontinuität der Deutschland- und Ostpolitik
SED erhebt Alleinherrschaftsanspruch
Schlesier, Sudetendeutsche, Ostpreußen
Europäisches Niederlassungsrecht erarbeiten
Partnerschaft als Partnerschaft verstanden
Gleichstellung von Vertriebenen und Flüchtlingen
Bereits im April 1945 vollendete Tatsachen geschaffen
Europäische Zusammenarbeit im Donaauraum

* * *

Gesunde Umwelt als europäische Aufgabe

Bisher fehlen koordinierende Maßnahmen

Von Dr. Horst Schmidt, MdB

Die Beratende Versammlung des Europarates in Straßburg hat sich jetzt während ihrer Herbstsitzung in Straßburg mit Fragen der Umwelthygiene befaßt. Dabei ging es um die technischen, physikalischen, chemischen und biologischen Gefahren, die unsere Gesundheit bedrohen. Maßnahmen gegen diese Gefahren sind umso wichtiger, als der einzelne Bürger sich nicht oder nur sehr unvollkommen gegen diese Einflüsse wehren kann. Deshalb ist es Aufgabe der Staaten, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Mehrere europäische Länder haben auf einigen Sektoren schon vorbildliche Leistungen erbracht. Was wir aber brauchen, ist eine internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Umwelthygiene, denn die Probleme sind in allen Ländern gleich und machen nicht vor Ländergrenzen halt.

Von Jahr zu Jahr nehmen die vorhandenen Schwierigkeiten zu, weil bisher koordinierende Maßnahmen fehlen. Das macht die Sache immer schwieriger und auch die Lösungsversuche immer teurer, denn Investitionen zum Schutz gegen Umweltgefahren kosten viel Geld.

Wenn wir diesen Gefahren erfolgreich entgegentreten wollen, dürfen wir nicht einzelne Probleme isoliert betrachten, sondern müssen das ganze Paket behandeln. Es geht darum, daß die Mitgliedstaaten des Europarates den Versuch unternehmen, Gesetze auf gleicher Grundlage zu verabschieden, die notwendigen Entwicklungen gemeinsam vorantreiben und gemeinsam zu investieren. Von der Forschung über Planung und Ausbildung von Personal, über Finanzierung und Erstellung von Schutzeinrichtungen auf den verschiedenen Gebieten, bis zur Verwirklichung des Schutzes brauchen wir die Kooperation.

Natürlich kann man nicht von heute auf morgen alles lösen. Aber es muß ein gemeinsamer Anfang gemacht werden. Es gilt, zunächst ein Minimalschutzprogramm zu verwirklichen. Dabei darf der Optimalschutz nicht aus den Augen verloren, er muß auf lange Sicht angestrebt werden. Was wir brauchen, ist eine Charta der Umwelthygiene für Europa. Der Europarat mit seinen 18 Mitgliedstaaten wäre dafür die geeignete Plattform.

Das Feld der Umwelthygiene ist weit. Arbeitsstätte und Wohnung, Müll und Abwässer, Nahrungserzeugung und Nahrungsmittelherstellung, Lärm, Wasser, Luft müssen frei von gesundheitsschädigenden Einflüssen gehalten werden. Dieser öffentlichen Aufgabe kann sich niemand entziehen, sonst wird die Kluft zwischen privatem Wohlstand und öffentlichen Notständen auf dem Sektor noch größer. Hier aber voranzukommen, ist eine der vornehmsten Aufgaben des Europarates.

+ + +

In Nordrhein-Westfalen wurde Beispielhaftes geleistet

Bürger befürworten die neue Politik von Heinz Kühn

Die rund 17 Millionen zählende Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen ist mit den Leistungen der Landesregierung Kühn voll einverstanden. Das ist das Ergebnis einer Repräsentativumfrage im größten Bundesland. Nach zweieinhalbjähriger Regierungstätigkeit erhielt Ministerpräsident Heinz Kühn von insgesamt 73 Prozent aller Bürger die Zustimmung zu seiner Politik.

Die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen blickt wieder optimistisch in die Zukunft. Die Wirtschaft läuft auf vollen Touren, alle haben Arbeit und Brot. Die Folgen der von der CDU verschuldeten schweren Wirtschaftskrise sind von Kühn und seinen Männern mit beispielhafter Kraftanstrengung beseitigt worden.

Bessere Köpfe

Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen die fähigeren Köpfe als die CDU, erklärten dazu die Befragten: Heinz Kühn an der Spitze, Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen, Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Fritz Kassmann, Kultusminister Fritz Holthoff, Landwirtschaftsminister Diether Doneke, Justizminister Dr. Dr. Josef Neuberger, Minister für Bundesangelegenheiten Dr. Diether Posser, Finanzminister Hans Wertz.

Noch nie in der Geschichte Nordrhein-Westfalens war eine Regierung so populär. Insbesondere an Rhein und Ruhr ist Ministerpräsident Heinz Kühn bekannt als der Mann, der in Dortmund-Huckarde auf dem Höhepunkt des Zechensterbens in brodelnder Bergarbeiterdemonstration einen kühlen Kopf behielt und den Weg nach vorn gewiesen hat.

Rangordnung der Ziele

Im Dezember 1967 galt einhellig in ganz NRW der Bergbau als die wichtigste Aufgabe. Heute wirbt der Bergbau bereits in aller Welt wieder um neue Arbeitskräfte. Zechenstilllegungen und Feierschichten sind nur noch eine böse Erinnerung an die von CDU-Bundeswirtschaftsminister Schmücker bewußt gewollte Rezession.

Im Bewußtsein der NRW-Bürger spielt die Bergbaufrage dank sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik nur noch eine völlig untergeordnete Rolle. Lediglich sechs Prozent aller Einwohner halten den Bergbau für das zur Zeit wichtigste landespolitische Problem. Vorrang hat jedoch der Strukturwandel dieses größten Ballungsraumes in Europa. In der Schaffung neuer Arbeitsplätze und in der Erhaltung der Kaufkraft sieht heute die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen die vorrangige Aufgabenstellung. An dritter Stelle rangieren die Schulfragen, gefolgt vom Wohnungsbau, der Schaffung sozialer Einrichtungen und die Reform sowie der weitere Ausbau der Universitäten.

Selbst Anhänger der CDU-Opposition lassen keinen Zweifel daran, daß die Regierung Kühn in kurzer Zeit Beispielhaftes in Nordrhein-Westfalen geleistet hat. Acht von zehn Einwohnern bescheinigen dieser Regierung, daß sie auf dem Sektor des Wohnungsbaues etwas erreicht hat. Rund Dreiviertel sind mit den Erfolgen in der Wirtschaft und im Verkehrswesen zufrieden. Mit den schulpolitischen Leistungen der Landesregierung sind mehr als 60 Prozent einverstanden.

Fünf Jahre nach Chruschtschows Sturz

Auch Ostexperten irren...

H.F.R. - Am 14. Oktober sind es fünf Jahre her, daß Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, der sich gerade auf der Krim aufhielt, gestürzt wurde. Gerüchte über das bevorstehende Ende seiner Herrschaft gab es schon ein Jahr vorher, vorwiegend aufgrund einer Meldung des Moskauer Korrespondenten der "Unità", Guiseppa Boffa, derzufolge "in der Sowjetunion eine schwere Schlacht im Gange ist". Fünf Ostexperten nahmen damals zu diesen Gerüchten Stellung; manch einer von ihnen wünschte heute, sich nie darüber geäußert zu haben.

Georg Paloczi Horvath zum Beispiel, ein ungarischer Journalist und Kenner des kommunistischen Lagers, der nach fünf Zuchthausjahren befreit wurde, am Aufstand von 1956 teilnahm und danach ins Ausland flüchten konnte, um sich einen gewissen internationalen Namen mit Biographien über Mao Tse-tung und N.S. Chruschtschow zu machen, sagte damals:

"Ich bin überzeugt, daß die Gerüchte über einen eventuellen Sturz Chruschtschows jeder Grundlage entbehren. Ich verfolge die sowjetischen Angelegenheiten seit 25 Jahren, und ich bin bereit, mit dieser Prognose meiner Ruf aufs Spiel zu setzen."

Auch Viktor Alexandrow, Verfasser mehrerer Bücher über Chruschtschow, erwies sich als schlechter Prophet. Er schrieb:

"Ich glaube nicht an einen baldigen Sturz Chruschtschows. Meiner Ansicht nach könnte Chruschtschow augenblicklich nur durch einen Militärputsch gestürzt werden. Die Sowjetunion würde allerdings Gefahr laufen, in ein Chaos gestürzt zu werden, falls ein solcher Putsch wirklich stattfinden würde. Die Stalinisten und die chinesische Gruppe würden die Macht ergreifen. Für den Westen wäre das eine Katastrophe."

Etwas näher an der Wahrheit lag hingegen der Westberliner Professor Richard Loewenthal:

"Meiner Ansicht nach geht es bei den jetzigen Debatten weniger um die Frage, ob er (Chruschtschow) ersetzt werden soll, sondern vielmehr um die Entscheidung darüber, ob ihm die zusätzlichen Befugnisse, die er verlangt, gewährt werden können, oder ob er im Gegenteil von der kollektiven Führung weiter streng kontrolliert werden soll. Die Leute, die in Opposition zu Chruschtschow stehen, sind keine Stalinisten, die die Zustände der Vergangenheit wiederherstellen wollen. Sie befürchten im

Gegenteil, daß eine neue Form der persönlichen Macht entstehen könne, wenn sie den übermäßigen Forderungen nachgeben."

Ging es den Putschisten wirklich darum, die Konzentration der Macht in einer Hand zu verhindern? David R o u s s e t , französischer Spezialist für die sowjetisch-chinesischen Beziehungen, konnte schon damals nicht daran glauben:

"Welche Strömung könnte in der gegenwärtigen Krise schließlich obenaus schwingen? Offenbar sind es immer die Konservativen, die die Offensive führen. Sie rekrutieren sich in erster Linie aus den hohen Bürokraten, die sich mit Chruschtschows Konzessionen an die liberale Tendenz nicht abfinden können. Andererseits würde eine Rückkehr zum Neo-Stalinismus auch die Rückkehr zum Terror und zur Wiederherstellung eines Apparates der Unterdrückung bedeuten. Ein solcher Rückschlag würde aber in der Bevölkerung und unter den Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, die das Rückgrat der sowjetischen Gesellschaft bilden, auf tiefen Widerstand stoßen. Es ist daher wenig wahrscheinlich, daß es zu einer Wiedergeburt des Stalinismus kommt und daß diese Entwicklung, falls sie doch eintreten sollte, von Dauer sein könnte."

Am pessimistischsten aber, und, wie die fünf hinter uns liegenden Jahre gezeigt haben, auch am realistischsten äußerte sich der international bekannte englische Rußlandkenner Edward C r a n k s h a w :

"Sollte Chruschtschow von der Bühne abtreten, würde sein Platz in der ersten Zeit wahrscheinlich von einem Komitee eingenommen werden, das sich in seine verschiedenen Funktionen teilen würde. Früher oder später würde aber ein Mitglied dieses Regierungskollegiums die Schlüsselstellungen der Macht übernehmen, wie dies Chruschtschow auch selbst getan hat. Im Verlauf der ersten Etappe würde das Regierungskollegium auf jeden Fall die 'Leninistische Solidarität' in den Vordergrund stellen und auf eine brutalere Art in der Außenpolitik gegen das 'imperialistische Lager' und in der Innenpolitik gegen die revisionistischen Strömungen auftreten."

Über die zweite Etappe ließ sich Crankshaw damals nicht aus. Er war vorsichtiger als seine Kollegen von der Zunft der Kremlastrologen, was sich nun bezahlt macht...